

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 159 (1993)

Heft: 11

Artikel: Europas Streitkräfte im Umbruch : Trends, Probleme, Fragen

Autor: Haltiner, Karl W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-62468>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europas Streitkräfte im Umbruch – Trends, Probleme, Fragen

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 434 1/1942

Veränderte Rahmenbedingungen

Europa, insbesondere West-Mittel-europa, gehört strategisch und militärisch zu den primären Gewinnern der beendeten Spaltung in Ost und West. Der Kontinent stellt nicht mehr das Hauptkonfrontationsfeld der zwei Supermächte dar. Der Ausbruch eines militärischen Grosskonfliktes auf europäischem Boden ist unwahrscheinlich geworden. Westeuropa verfügt zudem über erprobte und bewährte Mittel der inneren Konflikt- und Krisenbewältigung. Wie die amerikanisch-pazifische Region hat es gute Aussichten zu einer dauerhaft stabilen, kriegsfreien Zone zu werden, in der harte Gewaltmittel bei den zwischenstaatlichen Beziehungen keine nennenswerte Rolle mehr spielen.

Dem intra-regionalen Sicherheitsgewinn steht indessen eine neue inter-regionale Unsicherheit im Rahmen der grundlegend veränderten geo-strategischen Entwicklung gegenüber. Mit dem Wegfallen von Einfluss und Kontrolle der ehemaligen Supermächte haben innerstaatliche Konflikte an Gewicht und Zahl erheblich zugenommen. Die ehemals kommunistisch regierte Welt leidet unter wirtschaftlichem Zerfall und der Erosion staatlicher Macht. Die Kombination von militärischer Stärke, inneren Stabilitätsproblemen, Versuchen zur Etablierung demokratischer Institutionen und divergierenden Auffassungen über den wirtschaftspolitischen Kurs können zu unvorhersehbaren Entwicklungen führen. Während das Risiko für einen weltkriegsartigen High-level-Konflikt praktisch auf Null abgesunken ist, ist jenes für die Anwendung von national, ethnisch und separatistisch motivierter Gewalt an der Euro-Peripherie, im Osten und Süden sichtbar gestiegen. Konventionelle Kriege – früher totgesagt – werden wieder geführt. Lokale Kriegsherren setzen sich über völkerrechtliche Vereinbarungen und kalkulierbare Politräson hinweg. Die Proliferation von nuklearen und chemischen Bedro-



Dr. Karl W. Haltiner,
Dozent für Militärsoziologie
an der Militärischen Führungsschule
der ETH, Organisator der MFS-
Vortragsreihe «Europäische Streit-
kräfte im Umbruch», Zürich.

hungen konnte nicht wirksam unter Kontrolle gebracht werden. Erpressungsdrohungen mit Fernwaffen zeichnen sich als Möglichkeit ab. Globale zivilisatorische Bedrohungen wie Bevölkerungsexplosion, Migration, Zerstörung der Bio- und Klimasphäre, ehemals durch den Ost-West-Konflikt in den Hintergrund verbannt, verschärfen sich und tragen zur sozialen und politischen Destabilisierung bei.

Die völlig veränderte strategische Gesamtsituation Westeuropas verlangt neue sicherheitspolitische Strategien, neue Instrumente und andere Streitkräfte. Das alte Sicherheitssystem, abgestützt auf eine Vielzahl nationaler Landesverteidigungssarneen, die territoriale Abschreckung praktizieren, hat sich überlebt. Wer soll noch abgeschreckt werden? Nicht passive Dissuasionspolitik, sondern aktive Friedenssicherung mit langfristiger Zielsetzung im Rahmen übernationaler Strategien, ist gefordert. Das zeigte der Golf-Konflikt, das macht der Krieg in Jugoslawien deutlich. Für die Nationen Westeuropas heißt das, sich im Rahmen einer langfristigen Strategie kooperativ und präventiv für die eigene Sicherheit zu engagieren. Sta-

bilisierungsstrategien nötigen zur gemeinsamen Definition von Interessen und zu mehr Koordination des Handelns, sie verlangen ebenso Bereitschaft zu aktivem Eingreifen, sei das im Rahmen einer europäischen, einer atlantischen Sicherheitsstrategie oder im Rahmen der UNO. Europa sieht sich heute mit einer überregionalen sicherheitspolitischen Verantwortung konfrontiert, die herkömmliche Verteidigungsaufgaben übersteigt.

Es ist ein Paradox der Geschichte, dass nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation mehr europäische Soldaten im Kampfeinsatz gestanden haben (Golfkrieg, Somalia u.a. UN-peace-enforcement-Aktionen) als vor der Wende. Der Grund dafür liegt in der Deblockierung der UNO nach dem Ende des kalten Krieges. Die Weltorganisation hat seither eine weltpolitisch und strategische Aufwertung als Konfliktvermittlerin und als Weltpolizist erfahren. Das manifestiert sich u.a. in der sprunghaften Zunahme von UN-Operationen in Südeuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika. Acht von im Sommer 1993 laufenden Friedensmissionen sind nach 1991 initiiert worden. Weltweit stehen über 100000 Soldaten in einem UN-Einsatz.

Der Krieg ist zwar aus Westeuropa verschwunden, Gewaltandrohung und Gewaltanwendung als potentielle Mittel zur Sicherung des Friedens haben aber angesichts der Genozide und ethnisch motivierten Kriege in Westeuropas Demokratien wieder an politischer und gesellschaftlicher Legitimation gewonnen. Damit stehen die Streitkräfte und die Soldaten Europas vor neuen Herausforderungen. Das Aufgabenprimat hat sich gewendet: Landesverteidigung durch Demonstration von Stärke ist zur sekundären Aufgabe geworden. Militärische Einsätze mit und ohne Kampfauftrag im internationalen, nichtmilitärische Einsätze im nationalen Umfeld heißen die neuen Forderungen. Auf sie hin sind Europas Armeen zu formieren. Für die Soldaten heißt das: neue fachliche Befähigungen, andere ethische Qualitäten, veränderte Beteili-

gungsmotive. Das traditionelle Soldatenbild scheint damit überholt, die alten Rekrutierungssysteme stehen auf dem Prüfstand.

Es gibt heute keinen Staat im Westen oder im ehemals kommunistischen Osten, der nicht in irgendeiner Form eine Streitkräftereform durchgeführt hat oder im Begriffe steht, eine durchzuführen. In einigen Nationen sind diese Reformen im Gang und schon weit fortgeschritten, andere stehen erst auf dem Papier. Die Vorhaben sind vielfältig und geprägt von nationalen Traditionen und Interessen. Den allen gemeinsamen Nenner könnte man kurz und bündig in die Stichworte fassen: **weniger Geld, mehr Aufgaben, weniger Personal, höhere Mobilität, neue Organisation.** Die Kurzformel bleibt aber vordergründig. Sie vermag der Vielfältigkeit der Trends und insbesondere den Problemen, die auf die europäischen Streitkräfte zukommen, nicht gerecht zu werden. Sie verdeckt auch viele Fragen, die sich im Zusammenhang mit den sich abzeichnenden Tendenzen aufdrängen – Fragen, auf die noch keine Antworten gefunden wurden, die vorläufig vielleicht auch keine zulassen. Trends und Fragen, wie sie sich dem Betrachter der Szene stellen, sollen im folgenden knapp skizziert werden. Die Trends betreffen in erster Linie die Streitkräfte Westeuropas. In Mittel- und Osteuropa manifestieren sie sich zu meist in zwar ähnlicher, aber abgeschwächter Form.

Erster Trend: Konstabilisierung der europäischen, insbesondere der west-europäischen Streitkräfte

Durch die veränderte strategische Bedrohungslage ist die territoriale Verteidigung für die nationalen Streitkräfte Westeuropas zur nachrangigen Aufgabe geworden. Die meisten Staaten haben auf die gewandelte eurostrategische Lage mit einer Neudeinition der Ziele für ihre Streitkräfte reagiert – einer Neudeinition, die einer erheblichen Verbreiterung des Aufgabenspektrums gleichkommt.

Im Vordergrund steht dabei die Ausweitung von nationalen auf internationale Aufgaben. Auf dieser Ebene übernehmen europäische Streitkräfte in steigendem Mass klassische Polizeifunktionen im Rahmen der UNO oder eines UNO-Auftrages. Beispiele

dafür sind etwa die Beteiligung der Europäer an der Intervention gegen den Irak, die Einsätze in Somalia, Kambodscha und Jugoslawien, um nur die wichtigsten zu nennen. Streitkräfte werden gewissermassen als Konstabler zur Sicherung der internationalen Ordnung und zur Sicherung des Friedens global und im Auftrage einer übernationalen Macht eingesetzt. Man kann deshalb mit dem amerikanischen Soziologen *Morris Janowitz* von einer zunehmenden Konstabilisierung des Militärs sprechen.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich überdies, dass nicht bloss auf der internationalen, sondern auch auf der nationalen Ebene von Konstabilisierung die Rede sein kann. Erwägungen zum Einsatz der Armee für die Unterstützung der Grenzkontrolle oder zur Haftüberwachung für Drogendealer in der Schweiz und in Deutschland machen diesen Funktionswandel sichtbar. Als nationale Ordnungshüteraufgabe lässt sich auch die verstärkte Grenzbewachung durch das österreichische Bundesheer im Gefolge der Jugoslawienkrise bezeichnen.

Daneben werden in fast allen europäischen Staaten den Streitkräften zusätzliche nichtmilitärische Aufgaben überbunden, Aufgaben, die vom Grenzschutz gegen die illegale Immigration über die Katastrophenhilfe bis zu Umweltschutzaufgaben reichen. Die frühere Primäraufgabe Landes-

Es ist ein Paradox der Geschichte, dass nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation mehr europäische Soldaten im Kampfeinsatz gestanden haben als vor der Wende.

verteidigung – so könnte man, die Situation leicht überzeichnend, formulieren – wird zur Sekundäraufgabe, wogegen frühere Sekundärfunktionen (Polizeiaufgaben, Hilfs- und Rettungsdienste) zu Primäraufgaben avanciert sind.

Wird Gewaltandrohung, so mag man mit Blick auf diese Entwicklung fragen, auch inskünftig noch primäres Ziel von Streitkräften bleiben oder bloss eines unter vielen werden? Wie weit ist die Multifunktionalisierung im Rahmen bisheriger Militärstrukturen verkraftbar, wie weit ist sie innen- wie aussenpolitisch legitimierbar? In welchem Masse wird die Bevölkerung der europäischen Demokratien bereit

sein, eigene Soldatenopfer für die an Zahl und Intensität zunehmenden internationalen Friedenserhaltungs- und Friedenschaffungsaufgaben hinzunehmen, wie weit die steigenden Kosten für solche Einsätze zu tragen? Welches sind die möglichen Auswirkungen des Wandels vom Kriegersoldaten zum Helfer- und Diplomatsoldaten auf die soldatische Identität, auf die Rekrutierungssysteme, die Ausbildung und die Beteiligungsmotivation von militärischem Personal? Wie lässt sich die Ausweitung der Aufgaben für das Militär mit der drastischen Kürzung der Militärbudgets vereinbaren?

Zweiter Trend: Die europäischen Streitkräfte stehen vor einem wachsenden Trade off zwischen der Zahl der ihnen übertragenen neuen Aufgaben und einem gleichzeitig drastisch sinkenden Verteidigungsbudget

Kein westlicher Verteidigungsetat ist von Kürzungen verschont geblieben. Die Militärbudgets werden teilweise drastisch beschnitten. In den Demokratien ziehen Politiker für ihre Bevölkerung die Friedensdividende ein. Problematisch dabei ist, dass die Militärbudgets zu budgetpolitischen Steinbrüchen zu verkommen drohen, aus denen man wahllos herausbricht, was sich herausbrechen lässt. Reformen dieser Art sind bloss Redimensionierungen, in denen häufig das Herkömmliche fortgeschrieben wird: weniger Rüstung, weniger Personal, weniger Präsenzzeiten. Bedenklich ist es auch, wenn neue Wehrkonzeptionen, wie es das belgische Beispiel zeigt, letztlich nicht einer Analyse der gewandelten sicherheitspolitischen Bedürfnisse entspringen, sondern das Staatsdefizit oder andere sozial- und wirtschaftspolitische Prioritäten die Wehrreform diktieren.

Wie lässt sich die überall zu beobachtende Ausweitung der Aufgaben mit der steten Verringerung der Mittel vereinbaren? Wie lassen sich die Wähler der europäischen Demokratien davon überzeugen, dass die Substitution von Personal durch modernes Gerät und die für humanitäre und friedenserhaltende Aufgaben notwendige Mobilität kostenintensiv sind? Wie überzeugt man die Bürgerinnen und Bürger davon, dass europäische Sicherheit nicht zum Nulltarif und schon gar nicht im Trittbrettfahrer-

Modus erhaltlich sein wird? Sind die westlichen Demokratien auf längere Sicht überhaupt bereit, kostspielige Militärapparate zu finanzieren, die organisatorisch nicht mehr primär für die Wahrnehmung unmittelbar nationaler Interessen, sondern für jene übernationaler Ordnungsbedürfnisse ausgerichtet worden sind?

Dritter Trend: Das Ende der Massenheere des herkömmlichen Typs kündigt sich an

Das Ende des Ost-West-Konfliktes scheint den Anfang vom Ende der Massenheere einzuleiten. Während die früheren Gegebenheiten zahlenmäßig grosse Streitkräftebestände zur territorialen Verteidigung aus militärischer und politischer Sicht rechtfertigte, verlangt das neue multipolare globale Konfliktzenario kleinere, schnellere, mobilere, funktional und technologisch flexiblere Streitkräfte. Diesen Anforderungen, so scheint es, vermag das Massenheer von seiner Organisationsstruktur und von seinem Personalrekrutierungssystem her nicht mehr zu genügen.

Dadurch gerät die allgemeine Wehrpflicht, wie das Beispiel Belgiens und der Niederlande, aber auch dasjenige anderer europäischer Nationen – Russland eingeschlossen! – zeigt, zunehmend unter militärischen, politischen und gesellschaftlichen Druck.

Was ist unter militärischem, politischem und gesellschaftlichem Druck im einzelnen zu verstehen?

■ Moderne Militärtechnologien ermöglichen höhere Leitungskraft mit weniger Personal. Das Personal muss aber an modernen High-Tech-Systemen länger und intensiver ausgebildet werden, um deren maximale Leistungskraft voll ausschöpfen zu können. Unter rein militärischem Blickwinkel vermöchten deshalb kleine kapital- und geräteintensive Freiwilligenstreitkräfte dem neuen Konfliktbild eher gerecht zu werden als herkömmliche Wehrpflichtigemassenheere.

■ Politisch lässt sich die Wehrpflicht nach dem Wegfall einer unmittelbaren, für den Bürger sichtbaren militärischen Bedrohung in unseren individualistischen modernen Gesellschaften immer schwieriger begründen.

■ Gesellschaftlich führt das Absenken der Bestände zu einer Verringerung der Einberufung und damit zur Frage nach der Wehrgegerechtigkeit. Wer muss noch Dienst leisten, wer wird davon befreit? Wenn, wie das derzeit in vielen

Staaten der Fall ist, nur noch einer von drei jungen Männern im Wehrpflichtalter eingezogen wird, so beginnt die Wehrgegerechtigkeit eine gesellschaftspolitisch kritische Grenze zu erreichen. Geradezu paradox mutet es an, wenn etwa in Österreich und Deutschland gefordert wird, es sei auf die Abschaffung der Wehrpflicht deshalb zu verzichten, weil sonst die mitbedingte Aufhebung des Zivildienstes in Alters- und Krankenpflege einen Personalnotstand auflösen würde.

Als Ausweg aus diesem Dilemma scheinen sich den europäischen Staaten grundsätzlich zwei Wege anzubieten:

■ Übergang vom stehenden Wehrpflichtigenheer zu einer Miliz, die grosse Bestände nicht als Bereitschaftstruppen, sondern als Reserve hält. Dadurch lässt sich die Wehrgegerechtigkeit erhalten, die Reduktion der Bestände wird über ein Absenken der Dienstzeiten erreicht. Das Ziel Wehr- und Belastungsgerechtigkeit wird höher gewichtet als das maximale Technizität und Mobilität. Das Militär bleibt eine nationale Notwehrorganisation. Diesen Weg gehen (vorläufig noch) die Schweiz und

Sind die westlichen Demokratien auf längere Sicht überhaupt bereit, kostspielige Militärapparate zu finanzieren, die organisatorisch nicht mehr primär für die Wahrnehmung unmittelbar nationaler Interessen, sondern für jene übernationaler Ordnungsbedürfnisse ausgerichtet worden sind?

Österreich. Die Vermilizung der Streitkräfte, wie man diesen Weg nennen könnte, wirft einige Fragen auf. Wie können Milizheere längerfristig eine wachsende Ausweitung des Aufgabenspektrums verkraften? Internationale Peace-keeping und Peace-enforcing-Aufgaben verlangen lange Präsenzzeiten und eine hohe fachliche Befähigung. Wie lässt sich das militärisch auf Dauer bewältigen? Wie können Milizheere den steigenden Anforderungen an Flexibilität und Technizität des Materials nachkommen, ohne auf eine zunehmend wachsende professionelle logistische Basis zurückgreifen zu müssen? Moderneres Gerät und neue, zusätzliche Aufgaben

verlangen intensive Ausbildung. Wie lässt sich das mit dem Trend zur Verkürzung der Wehrzeiten vereinbaren? Wie lässt sich künftig ohne unmittelbare grenznahe Bedrohung die allgemeine Militärdienstpflicht vor einer sicherheitspolitisch sensibler gewordenen öffentlichen Meinung weiterhin rechtfertigen? Wie können Wehrpflichtige bzw. Milizionäre ohne grosse Reibungsverluste dazu motiviert werden, ein halbes oder ein ganzes Jahr ihres Lebens für die Abwehr einer nur noch schwer fassbaren nationalen Bedrohung hinzugeben? Wie gross ist die Gefahr einzuschätzen, dass zwecks Vermeidung von Entfremdungseffekten die Wehrpflichtigenarmee der europäischen Demokratien so sozialverträglich gestaltet werden müssen, dass sie darob ihre Kriegsfähigkeit verlieren? Wäre eine freiwillige Miliz, wie sie etwa die amerikanische Nationalgarde darstellt, eine praktikable Lösung? Und, last but not least: Sind Milizheere volkswirtschaftlich wirklich die kostengünstigsten Lösungen, als die sie immer wieder dargestellt werden?

■ Der andere Weg führt weg von der allgemeinen Wehrpflicht ins Freiwilligenheer aus Berufssoldaten. Der Weg zu professionellen Streitkräften entspricht einem modernen Gesellschaften innewohnenden allgemeinen Trend. Die enorme Produktivkraft und der hohe Lebensstandard der europäischen Gesellschaften beruhen auf einem hohen Grad an funktionaler Arbeitsteilung und an professioneller Spezialisierung. Dass schliesslich auch die Wahrnehmung der nationalen Sicherheit in die Hände von professionellen Spezialisten gelegt wird, ergibt sich in gewisser Weise aus dieser Entwicklungslogik. Zweifellos eignen sich qualifizierte Freiwillige besser für die Beherrschung ausbildungsintensiver, hochkomplexer Waffensysteme und für viele der neuen Aufgaben, insbesondere der internationalen, als die für kurze Fristen einberufenen Konskrierten.

Allerdings stellen sich auch bei dieser Option wichtige Fragen: Wie steht es mit der Wettbewerbsfähigkeit des Militärs auf dem freien Arbeitsmarkt? Lassen sich die benötigten qualifizierten Freiwillige finden oder wird die Berufsarmee zu einem Sammelbecken von Unqualifizierten und von unterprivilegierten Sozialschichten, wie das Prof. Manigart für Belgien befürchtet und wie das im niederländischen Beitrag von Dr. van de Vijver anklingt? Wie weit repräsentieren Freiwilligenarmeen die soziale Struktur ihrer Gesellschaften? Wie steht es mit der de-

mokratischen Kontrolle des Militärs? Lassen sich die Gefahren des Prätorianismus, d.h. der militärischen Machtanmassung, einfach mit dem Verweis auf die Existenz von Berufsarmeen in den alten Demokratien Grossbritannien und USA als nichtexistent abtun? Als Antwort auf viele der gestellten Fragen mag man auf die Möglichkeiten von Mischsystemen verweisen. Nur: werden damit die Probleme gelöst oder bloss verdoppelt? Die französischen Erfahrungen mit einem ausgeprägten Zweiklassen-Militär-System, einem professionellen hochmobilen Kern und einer immobilen, schlecht ausgerüsteten Wehrpflichtigen-Schattenarmee, wie es neuerdings auch von Deutschland angestrebt wird, sind nicht sehr ermutigend.

Vierter Trend: Multinationalisierung von Verbänden als Ausdruck der Entstaatlichung und Rationalisie- rung von traditionellen Mili- täraufgaben

Multinationale Streitkräfte in der Form von nationalen Kontingenten und Stäben in Bündnissen sind historisch kein Novum. Auch bestehen UN-Interventionsverbände in der Regel aus nationalen Kontingenten. Die militärische Zusammenarbeit unterschritt aber bei klassischen Verteidigungsaufgaben, wo territoriale Gesichtspunkte noch immer von Bedeutung sind, die Ebene von nationalen Kontingenten bisher selten. Die Schaffung von Verbänden mit Truppenteilen unterschiedlicher Nationalitäten nach funktionalen Gesichtspunkten für Abwehr- und Krisenreactionsaufgaben ist neueren Datums. Am bekanntesten ist wohl das Eurokorps mit französischen, deutschen und – neu! – belgischen Verbänden. Im Rahmen der NATO verdichtet sich das Netz innerorganisatorischer Kooperation auf Divisions- und Brigadeebene zusehends: In der Entstehung begriffen sind ein deutsch-amerikanisches, ein niederländisch-deutsches und ein dänisch-deutsches Korps. Schrumpfung und Rationalisierung durch strukturelle Integration lautet offenbar die Parole. Im Militärischen scheint sich damit eine eigentliche Denationalisierung und eine Vergemeinschaftung traditioneller Militäraufgaben anzubahnen.

Einige Gründe sprechen dafür, dass der Trend zur transnationalen Verma-

schung auf Verbandsstufe sich noch intensivieren und auf tiefere Organisationsebenen ausdehnen könnte. Sie liegen in der Verdichtung der internationalen Abhängigkeiten, im wachsenden Trade off zwischen nationalen Souveränitätsansprüchen und neuen internationalen Aufgaben auf der einen sowie technologisch-ökonomischen Gründen auf der anderen Seite.

Mit wachsender Internationalisierung der Politik und der einhergehenden wechselseitigen Abhängigkeit der Nationen für ihre äussere Sicherheit verlieren die einzelnen Staaten an verteidigungspolitischer Souveränität. Das nukleare Abschreckungssystem,

***Die französischen Erfahrun-
gen mit einem ausgeprägten
Zweiklassen-Militärsystem,
einem professionellen hoch-
mobilen Kern und einer in-
mobilen, schlecht ausgerüs-
ten Wehrpflichtigen-Schat-
tenarmee, wie es neuerdings
auch von Deutschland ange-
strebt wird, sind nicht sehr
ermutigend.***

basierend auf dem Waffenmonopol weniger Grossmächte, stützte sich schon zu Zeiten des kalten Krieges nicht mehr auf Nationen, sondern auf Machtblöcke. Die neuen Aufgaben der regionalen und globalen Friedenssicherung haben noch mehr übernationalen Charakter, sie sprengen ebenso sehr den nationalen Rahmen. Dadurch wird die Entstaatlichung der äusseren Sicherheit gefördert. Der Bezug verlagert sich von territorialen und nationalen Identifikationskriterien weg zu regionalen und globalen Kriterien. Die unmittelbare Beziehung zwischen nationaler Bedrohung und nationaler Unabhängigkeit, die üblicherweise zur Legitimation der allgemeinen Wehrpflicht herangezogen wird, entfällt zusehends.

Trotz wachsender Internationalisierung wird kein europäischer Nationalstaat in naher Zukunft seine traditionelle Militärsouveränität abgeben. Die herkömmliche militärische Souveränität der Nationalstaaten erweist sich jedoch angesichts gewandelter Anforderungen an gemeinsame internationale Ordnungseinsätze und an eine gemeinsame Sicherheitsstrategie immer häufiger als hinderlich. Zur Vermeidung von unerwünschten Souveränitätsabgaben an eine supra-na-

tionale Gemeinschaft bietet sich neben der Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit auch die Schaffung trans-nationaler Institutionen dort an, wo die Mittel des Einzelstaates nicht mehr ausreichen. Auf diese Weise könnte sich ein System der «mehrfaich abgestuften verteidigungs-politischen Souveränität» (H. Lübbe) in Europa entwickeln.

Technologisch-ökonomische Zwänge fördern diese Entwicklung. Moderne Armeen werden bekanntlich kleiner, technisch fortgeschritten, im internen Verbund der Systeme vernetzter. Es liegt im Wesen von Streitkräften, dass bei ihrem Einsatz ganze Teile durch Feindeinwirkung ausfallen können. Zu den vielen Besonderheiten, die die Institution Militär zur Sicherung ihrer Effizienz auch bei Ausfällen entwickelt hat, gehört eine hohe Redundanz (Überfülle, Doppelprüfung, hier: Reserven) an Personal, Material und Waffensystemen. Die enormen Kostensteigerungen pro Rüstungsseinheit, der sich verstärkende innenpolitische Druck auf die Reduzierung der europäischen Militärbudgets und die personelle Verkleinerung der Streitkräfte verringert nun aber deren operative Redundanz. Bei sinkender Redundanz werden die kritischen Untergrenzen für die Einsatzfähigkeit rascher erreicht. Um ihre Golfkontingente gefechtstauglich zu machen, mussten Amerikaner, Briten und Belgier ihre in Europa verbleibenden NATO-Kontingente materialmäßig buchstäblich fleddern. Auch die Beschaffungszahl des F/A-18 in der Schweiz gehört ins Kapitel technologisch bedingter Quantitätsoptionen. Eine Möglichkeit, diesen Entwicklungszwängen zu begegnen, besteht u.a. in der gemischnationalen arbeitsteilig-funktionalen Zusammenarbeit bis auf die operative und logistische Stufe einzelner Verbände.

Welche militärischen, politischen und (völker)rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus dieser Entwicklung? Sind die bestehenden und die angekündigten gemischnationalen Verbände in Europa mehr als bloss europa-politische Gesten? Wird, allen Unkenrufen zum Trotz, die Realisierung einer europäischen Armee schon bald Wirklichkeit? Welche Folgen ergeben sich längerfristig aus der Bildung von Euroverbänden über den NATO-Rahmen hinaus für das atlantische Bündnis? Welche Chancen und Risiken eröffnen sich dadurch den Neutrauen in Europa?

Fünfter Trend: Die europäischen Streitkräfte sind auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis

Die Streitkräfte Europas sind heute auf der Suche nach einer neuen Identität. In eine Art Identitätskrise wurden sie nicht erst durch das abrupte Ende des während 40 Jahren dominanten Ost-West-Konfliktes gestürzt. Das Ende des kalten Krieges und der Sowjetunion hat aber die Identitätskrise verschärft und sichtbar gemacht. Sie hat im Westen andere Ursachen als im Osten. Die Identitätskrise ist vielschichtig, sie umfasst sowohl die Makro-, die Meso- wie die Mikroebene der Sicherheitsgefüges und der Verteidigungsinstitutionen.

Die Krise der Makroebene entsteht für die Westeuropäer aus dem Problem, dass nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtbodyls nationale und territoriale Kriege in Westeuropa unwahrscheinlich geworden sind, dass aber gleichzeitig eine koordinierte spezifisch europäischen Interessen entspringende europäische Verteidigungsarchitektur mit einer klar definierten politischen Zielsetzung fehlt und auch für die nahe Zukunft nicht in Sicht ist. Anders formuliert: Die Sinngebung für die herkömmliche Art nationaler Verteidigung hat mit der neuen Lage in Europa an Bedeutung verloren, die Sinngebung für eine koordinierte Verteidigung mit spezifisch europäischem Charakter ist zwar gegeben, aber es fehlt an europäischen tragenden Institutionen. Das atlantische Bündnis mit der Hegemonie der USA vermag diese nur teilweise zu substituieren.

In Westeuropa haben die letzten 30 Jahre wertwandelsbedingt zu einem allmählichen Bedeutungsschwund des Militärischen in der Gesellschaft geführt. Das Militär stellt in keinem westeuropäischen Staat mehr jenes Faszinosum dar, von dem lange Zeit eine besondere gesellschaftliche Anziehungskraft ausging. Streitkräfte sind im Westeuropa von heute nicht mehr Sinnbilder nationaler Identität, sie werden nurmehr pragmatisch und nüchtern als notwendige Übel akzeptiert. Das Auftauchen neuer zivilisatorischer Bedrohungen nichtmilitärischer Art in den letzten 20 Jahren hat ihre innenpolitische Entwertung verschärft.

Im Osten müssen sich die ehemaligen Parteienarmeen heute glaubwürdig als Streitkräfte von demokratischen Nationen neu definieren. Dies

geht ohne tiefgehende Überprüfung der Selbstauffassung, ohne Bekenntnis zu neuen Werten und ohne Akzeptanz einer demokratischen Kontrolle und Legitimation nicht ab. Wie schwer dieser Prozess der russischen Armee fällt, zeigt der Beitrag von Generalmajor Tschaldimow in dieser Beilage sehr deutlich.

Die Krise der Mesoebene betrifft die Organisations- und Rekrutierungs-konzepte der Streitkräfte. Sie ergibt sich aus dem oben dargestellten Dilemma, dass zum einen der Wandel der internationalen Rahmenbedingungen und die gesellschaftlich-technologische Entwicklung die Fortführung von

Trotz wachsender Internationalisierung wird kein europäischer Nationalstaat in naher Zukunft seine traditionelle Militärsouveränität abgeben.

Massenarmeen auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht allmählich als fragwürdig erscheinen lassen, dass aber zum anderen sich viele Politiker und Soldaten mit der Idee einer freiwilligen Berufsarmee nicht so richtig anfreunden können.

Die Krise der Mikroebene betrifft schliesslich die Identität des individuellen Soldaten, insbesondere des Offiziers. Als Betroffener und als sicherheitspolitischer Experte nimmt er die Diskrepanz zwischen traditionellen, veralteten Militärauffassungen und dem Bedarf nach neuen Konzepten besonders scharf wahr. Viele Soldaten Westeuropas haben auf die öffentliche und politische Problematisierung ihrer Institution teils abwehrend, teils verunsichert reagiert. Die einen versuchen sich selber als Protagonisten dieser Diskussion zu profilieren, für die anderen ist der Bedrohungzerfall selbst zur Bedrohung geworden. Für erste können Anpassungen nicht schnell genug erfolgen, letztere wünschen sich häufig die guten alten Zeiten zurück. Offensichtliche Mühe bereitet manchen die potentielle Ausweitung des Aufgabenspektrums im Rahmen eines breiteren Sicherheitsverständnisses. Militärferne Aufgaben wie Grenzschatzdienst und Abwehr illegaler Immigration, Hilfe bei der Drogen- und Terrorbekämpfung, Katastrophenhilfe und Umweltschutzaufga-

ben wecken Fragen nach der Rolle, Lenauaffassung und dem Selbstverständnis des Soldaten. Die neuen internationalen Aufgaben mit Konstablercharakter verlangen disziplinare und subtilere Formen der Gewaltanwendung, neue ethische und moralische Grundprinzipien, politisches und kulturelles Einfühlungsvermögen und viel diplomatisches Geschick. Der Soldat riskiert sein Leben nicht mehr für die eigenen Nation, sondern für eine abstrakte übernationale Ordnungsiede. Damit hat sich der identifikatorische Bezugsrahmen verschoben.

Wie wird sich die Veränderung des Identifikationsrahmens auf die Selbstauffassung einer Berufsgattung auswirken, die sich traditionell als Diener des Nationalstaates verstand? Welcher Personentyp wird sich inskünftig in den Streitkräften Europas engagieren? Sind weltpolitische Aufgaben überhaupt idealisierungsfähig oder werden lediglich materielle Interessen die Beteiligung in den Streitkräften steuern? Welche Auswirkungen hat der gesellschaftliche Prestigeschwund längerfristig für Milizstreitkräfte, die auf ein hohes Engagement der Bürgerschaft angewiesen bleiben? Wird es inskünftig noch gelingen, qualitativ hochstehende Kader auf freiwilliger Basis in genügender Zahl zu finden? Sind internationale Friedensmissionen und nationale Existenzsicherungsaufgaben geeignet, das Militäimage zu heben?

Soweit eine kurze Trendanalyse der europäischen Streitkräfte im Umbau. Zweifellos liessen sich bei näherer Betrachtung noch weitere Tendenzen ausmachen. Bei den genannten dürfte es sich um jene handeln, welche uns mittelfristig, d.h. bis zur Jahrtausendwende, in erster Linie beschäftigen werden.

Streitkräfte für die Zukunft

Die im folgenden vorzustellenden nationalen Reformvorhaben sind bewusst so ausgewählt worden, dass sie die vermuteten Entwicklungen und die mit ihnen verbundenen Probleme sichtbar werden lassen. Belgien und die Niederlande haben beschlossen, die allgemeine Wehrpflicht aufzuheben. Sie stehen stellvertretend für andere europäische Nationen, in denen die Abschaffung der Wehrpflicht öffentlich debattiert wird (Deutschland, Spanien, Italien). Der belgische Bei-

trag von Prof. *Philippe Manigart* und der niederländische von Dr. *Johan G. van de Vijver* legen ohne Beschönigung die Chancen und Risiken dar, die sich beim Übergang von der Wehrpflicht zu einer Freiwilligenarmee stellen. Österreich hat in den letzten Jahren ein Milizheeresmodell entwickelt. Es dürfte für die Schweiz von besonderem Interesse sein, zu sehen, wie Reformen im Milizrahmen ausserhalb der Schweiz ablaufen. Ausserdem hat Österreich die Auswirkungen des Zer-

falls des Roten Reiches direkt zu spüren bekommen. Die Ausführungen von Oberst *Rumerskirch* machen vor allem deutlich, wie sehr sich trendtypische mit atypischen Besonderheiten verbinden. Die russischen Reformen sind in vielerlei Hinsicht repräsentativ für alle GUS-Staaten. Russland wird auch nach dem Zerfall der Sowjetunion eine wichtige euro- und geopolitische Rolle spielen. Mit Generalmajor *Tschaldimov* ist es uns gelungen, eine führende Persönlichkeit

für einen Ausblick in die russischen Reformvorhaben zu gewinnen.

Der Blick über unseren schweizerischen Gartenzaun soll es dem Leser insbesondere ermöglichen, die eigene Reform – Armee 95 – in einen grösseren Trendzusammenhang zu stellen. Es geht in Europa heute darum, Armeen zu schaffen, die der Zukunft dienen und nicht solche, die die Vergangenheit schützen.